



Eingang Kreistagsbüro:

20.11.2014

Herrn
Gottfried Schneider
Vorsitzender des Kreistages
Landratsamt
Gräffstraße 5

64646 Heppenheim



Christlich Demokratische Union
Kreistagsfraktion Bergstraße
Schönbacher Str. 5
64646 Heppenheim
Tel.: 06252-982144
Fax: 06252-71090
info@bergstrasse.cdu.de

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
Kreistagsfraktion Bergstraße
Gräffstraße 11
64646 Heppenheim
Tel.: 06252-6735595
mail@gruene-bergstrasse.de

Heppenheim, 19. November 2014

Sehr geehrter Herr Kreistagsvorsitzender,

wir bitten Sie, den folgenden Antrag für die Tagesordnung der kommenden Sitzung des Kreistags vorzusehen.

Der Kreistag möge beschließen:

Kommunale Daseinsvorsorge und Kommunale Selbstverwaltung nicht durch Freihandelsabkommen gefährden

1. Der Kreistag befürchtet, dass das von der EU-Kommission verhandelte Transatlantische Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) sowie das Abkommen mit Kanada (CETA) und das Trade in Services Agreement (TiSA; deutsch: Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen) negative Folgen für die kommunale Selbstverwaltung haben. Dies betrifft insbesondere die öffentliche Auftragsvergabe, die Energieversorgung, den Umweltschutz wie auch die Tarife und Arbeitsbedingungen der Kreisverwaltung, der kreiseigenen Gesellschaften und Eigenbetriebe.
2. Der Kreistag lehnt eine weitere Liberalisierung des internationalen Dienstleistungshandels ab, die u.a. die Dienstleistungen im Rahmen der Daseinsvorsorge betrifft, wie z.B. im Bereich der Bildung, der Kulturförderung, der Gesundheit, sozialer Dienstleistungen, Abwasser- und Müllentsorgung, des öffentlichen Nahverkehrs oder der Wasserversorgung.

3. Der Kreistag missbilligt die Ablehnung der europäischen Bürgerinnen- und Bürgerinitiative zum TTIP durch die EU-Kommission. Durch die Verhinderung dieses europarechtlich geregelten EU-weiten Begehrens schließt man die Bürgerinnen und Bürger Europas bei der Entscheidung über TTIP aus.
4. Der Kreistag spricht sich für eine bürgernahe Ausgestaltung der Europäischen Demokratie aus. Europäerinnen und Europäer müssen bei so weit reichenden Entscheidungen wie über Arbeitnehmerrechte, Verbraucherschutz und Umweltschutz, wie sie bei TTIP verhandelt werden, mitreden dürfen.
5. Der Kreistag fordert die Hessische Landesregierung auf, sich in diesem Sinne bei der Bundesregierung als auch der EU-Kommission einzusetzen.

Begründung:

Freihandelsabkommen bergen erhebliche Risiken für Dienstleistungen der Daseinsvorsorge, die durch die Kreise, Kommunen und ihre Unternehmen verantwortet und erbracht werden. Beeinträchtigungen dieser für die Bürgerinnen und Bürger wichtigen Dienstleistungen durch Freihandelsabkommen müssen ausgeschlossen werden. Marktzugangsverpflichtungen im Rahmen von Freihandelsabkommen, wie beispielsweise im TTIP vorgesehen werden sollen, sind jedoch geeignet, diese kommunale Organisationsentscheidung auszuhöhlen: sollten typische kommunale Dienstleistungen Regeln zur Liberalisierung unterworfen werden, würde die derzeit garantierte umfassende Organisationsentscheidung von kommunalen Vertreterinnen und Vertreter durch rein am Wettbewerbsgedanken ausgerichtete einheitliche Verfahren ersetzt.

Die geplanten Abkommen sind nach derzeitigem Kenntnisstand geeignet, die bisherige kommunale Daseinsvorsorge und das Subsidiaritätsprinzip zu gefährden und negative Auswirkungen für das kommunale Handeln, bei der öffentlichen Auftragsvergabe, einschließlich der Delegation von Aufgaben an kommunale Unternehmen, der Förderung und Unterstützung von Kultur und der Erwachsenenbildung (z.B. über Volkshochschulen) wie auch die Tarifgestaltung und die Arbeitsbedingungen für Beschäftigte des Kreises Bergstraße zu haben.

Mit freundlichen Grüßen

Für die CDU-Fraktion

für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen



.....
Alfons Haag



.....
Thilo Figaj

.....
Evelyn Berg